

## **Positionspapier der Frauen Union in Niedersachsen zum Landesdelegiertentag am 1. Juli**

### **2006 in Verden:**

#### **Die Frauen-Union Niedersachsen fordert:**

1. Mit einer konsequenten Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen sowie den Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen.
2. Die geringfügigen Beschäftigungsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen zu überprüfen und gegebenenfalls nachzubessern. Gleichzeitig müssen Frauen verstärkt über die Auswirkungen der so genannten Mini-Jobs bei langjähriger Tätigkeit aufgeklärt werden.
3. Die schulische und universitäre Ausbildung so auszurichten, dass Frauen motiviert werden, ihre Chancen in bisher männerdominierten Berufsfeldern zu suchen.
4. Familien durch ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie durch die Förderung anderer geeigneter Maßnahmen zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu unterstützen. Dabei muss vor allem die Schaffung von Kinderkrippenplätzen gezielt finanziell gefördert, das letzte Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei gestellt sowie flexible Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen geschaffen und die Ausbildung von ErzieherInnen qualitativ verbessert werden.
5. Unternehmen nachdrücklich aufzufordern, den Anteil ihrer weiblichen Mitarbeiter – auch in den Führungspositionen – zu steigern, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen sowie eine kinder- und familienfreundliche Arbeitswelt mit verbesserten Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg, zu Teilzeitarbeit und Job-Sharing sowie zur Qualifizierung zu schaffen. Unternehmen müssen die gesetzlichen Möglichkeiten der Teilzeitarbeit positiv begleiten sowie auch Teilzeitbeschäftigten Aufstiegschancen ermöglichen.
6. Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit aus dem Jahr 2001 konsequent umzusetzen.
7. Existenzgründungen durch Frauen im Rahmen einer Gründeroffensive zu unterstützen. Dazu müssen das Beratungsangebot für Frauen ausgebaut, vereinfachte bürokratische Verfahren für GründerInnen geschaffen sowie die Bildung von Eigenkapital erleichtert und die Kreditversorgung von Frauen verbessert werden. Gleichzeitig muss das Thema „Berufliche Selbständigkeit“ stärker in der Schule sowie während der beruflichen und universitären Ausbildung positiv herausgestellt werden.
8. Die steuerliche Anerkennung von „Haushaltsnahen Dienstleistungen“ zu entbürokratisieren und zu vereinheitlichen sowie den privaten Haushalt als Arbeitgeber nachhaltig zu fördern. Mit der Möglichkeit, die Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend zu machen, hat die Bundesregierung hier bereits einen ersten wichtigen Schritt gemacht, dem aber noch weitere folgen müssen.